

3 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz – JStVollzG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4236

Vorsitzender Dr. Robert Orth weist darauf hin, dass in der kommenden Woche auch der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Jugendstrafvollzug in erster Lesung im Plenum behandelt werde. Dieser Gesetzentwurf dürfte an diesen Ausschuss federführend überwiesen werden. Deshalb schlage er vor, die Überweisung dieses neuen Gesetzentwurfes abzuwarten und dann nach der Sommerpause beide Gesetzentwürfe gemeinsam zu behandeln. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sei vorhin ebenfalls davon ausgegangen, dass die beiden Gesetzentwürfe zusammen behandelt würden.

Monika Düker (GRÜNE) spricht sich dafür aus, zu beiden Gesetzentwürfen gemeinsam eine Anhörung durchzuführen. Deshalb würde sie das vorgeschlagene Verfahren befürworten. Allerdings wäre wünschenswert, möglichst noch am Rande des Plenums einen Termin für die Anhörung zu vereinbaren.

Vorsitzender Dr. Robert Orth stimmt diesem Vorschlag zur Beschleunigung des Verfahrens zu. Aus seiner Sicht könnte unter der Voraussetzung, dass das Plenum den Gesetzentwurf der Landesregierung dem Rechtsausschuss überweise, die Durchführung einer Anhörung zu beiden Gesetzentwürfen beschlossen werden.

Der Ausschuss **beschließt** unter dem Vorbehalt, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Jugendstrafvollzug dem Rechtsausschuss überwiesen wird, eine **Anhörung** zu den Gesetzentwürfen zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen durchzuführen.

In die Anhörung und in die weitere Behandlung sollen die Anträge von CDU und FDP sowie der SPD zu den Eckpunkten eines Jugendstrafvollzugsgesetzes einbezogen werden.



Rechtsausschuss

21. Sitzung (öffentlich)

6. Juni 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
Verfassungsbeschwerde gegen | 5 |
| | a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Bamberg vom 10. März 2006
– 1 Ws 94/06 – | |
| | b) den Beschluss des Landgerichts Bayreuth vom 3. Januar 2006
– StVK 1206/05 (1. UH) – | |
| | c) den Beschluss des Landgerichts Bayreuth vom 28. Dezember 2005
– StVK 1152/94 (1. UH) – | |

2 BvR 840/06 und 2 BvR 841/06
Vorlage 14/1077

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, **kein
Votum** abzugeben.

2 Gesetz zur Modernisierung des Justizvollzuges in Nordrhein-Westfalen (Justizvollzugsmodernisierungsgesetz – JVoIMoG -) 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3980

Stellungnahmen 14/1074, 14/1075, 14/1088, 14/1090 und 14/1092
Ausschussprotokoll 14/422 (Anhörung)

Der als Tischvorlage zur Abstimmung stehende **Änderungsantrag** – s. Anlage zu TOP 2 – wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen **angenommen**.

Der **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/3980** wird unter Einbeziehung des zuvor beschlossenen Änderungsantrages mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen **angenommen**.

3 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz – JStVollzG NRW) 11

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4236

Der Ausschuss **beschließt** unter dem Vorbehalt, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Jugendstrafvollzug dem Rechtsausschuss überwiesen wird, eine **Anhörung** zu den Gesetzentwürfen zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen durchzuführen.

In die Anhörung und in die weitere Behandlung sollen die Anträge von CDU und FDP sowie der SPD zu den Eckpunkten eines Jugendstrafvollzugsgesetzes einbezogen werden.

4	Fördern statt strafen – Kinder- und Jugendgewalt wirksam begegnen	12
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/4353	
	Der Ausschuss sieht von einer Stellungnahme ab . Der Vorsitzende Dr. Robert Orth wird dem federführenden Ausschuss in einem Brief den Verlauf dieser Debatte mitteilen.	
5	Suizid in der Untersuchungshaft der JVA Köln	16
	– Bericht von Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter	16
	– Aussprache	17
6	NRW-Justiz zu langsam: 16 U-Häftlinge frei	20
	– Bericht von Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter	20
	– Aussprache	24
7	Rahmenkonzept für die Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung	30
	Vorlage 14/1122	
	– Nachfrage von Frank Sichau (SPD)	30
8	Aktueller Sachstand zur Zusammenlegung von Amtsgerichten	31
	Vorlage 14/1123	
	– Bericht von Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter	31
	– Aussprache	36
9	Management-Informationssystem (MIS) für den Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit	40
	Vorlage 14/1124	
	– Aussprache	40

10	Ergebnisse der PE§SY beim OVG Münster	42
	Vorlage 14/1125	
	– Aussprache	42
11	Strukturveränderung der Sozialen Dienste	43
	Vorlage 14/1126	
	– Aussprache	43
12	Information zu einem Strafverfahren vor dem Landgericht Essen gegen einen Angehörigen des allgemeinen Vollzugsdienstes wegen des Verdachts des Drogen- und Handyhandels	47
	– Bericht von Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter	47
13	Verschiedenes	50
	a) Terminplan	50
	Der Ausschuss beschließt den als Anlage zu TOP 13 beigefügten Terminplan .	
	b) Protokolle im Intranet	50